

2017-02-09

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 12.01.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Otto eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.12.2016**

Der Niederschrift vom 01.12.2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 2

- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr **Otto** gibt die Beschlussfassung zur BV/428/2016/IV-41 „Kooperation Stiftung Dome und Schlösser in Sachsen-Anhalt“ bekannt. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 01.12.2016 einstimmig der BV zugestimmt.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Informationen der Verwaltung

Herr **Kuras** informiert über eine Ausstellungseröffnung in der Orangerie durch den AKV am 02.12.2016, 17:00 Uhr. Am 14.01.17 folgt der Schifferball in Roßlau, für den es noch Karten gibt. Ebenfalls macht er auf die Veranstaltungen der Karnevalssession aufmerksam.

5.2 Anfragen und Informationen der Stadträte und sachkundigen Einwohner

Herr **Schlecht-Pesé** hinterfragt das Engagement des Ausschusses zur Kunst im öffentlichen Raum. Er hat ein Fragment einer Plastik am Ende der Zerbster Straße sichergestellt. Von den beiden Figuren existiert nur noch die weibliche Figur, von der vermutlich am Silvesterabend der Arm zerschlagen wurde. Er regt an, innerhalb der Stadtverwaltung oder des Stadtrates eine Initiative zu starten, die sich mit der Rekonstruktion und Wiederherstellung zerstörter Objekte befasst. Dabei erwähnt er die Max Bill – Skulptur an der Hochschule oder die Himmelstreppe, die gereinigt werden müsste exemplarisch. Herr **Kuras** nimmt das Fragment entgegen und sichert zu, dies an den entsprechenden Mitarbeiter der Verwaltung zu übergeben. Er stellt fest, dass Kunstobjekte auch repariert werden, aber die Pflege intensiviert werden könnte. Herr **Schlecht-Pesé** schlägt vor über die Möglichkeit der Reparatur mit Frau Rammelt-Hadelich zu sprechen.

Herr **Adamek** trägt eine Anfrage aus seiner Fraktion zum Thema Sportförderrichtlinie vor. Der Passus, dass Sportvereine keine Förderung für Betriebskosten erhalten, die nicht in einer städtischen Einrichtung sind, hält er für überdenkenswert. Dies sollte dringend „angefasst“ werden. Der Spitzensport definiert sich fast nur über den Handball, aber auch in anderen Sportvereinen hat Dessau-Roßlau deutsche Meister und Europameister. Als Beispiel führt er den TSC an, der unsere Stadt ebenfalls nach außen präsentiert. Er bittet darum, die Gelegenheit zu nutzen, da die Richtlinie momentan überarbeitet wird. Er bittet innerhalb der nächsten 10 Tage um eine Beantwortung der Anfrage. Herr **Otto** erinnert daran, dass Vereine, die in Erbbaupacht Sportstätten übernommen haben, BK-Zuschüsse erhalten. Herr **Adamek** gibt den Gleichbehandlungsgrundsatz zu bedenken; der SV Mildensee wurde bisher nicht berücksichtigt. Frau **Nußbeck** erwidert, dass öffentliche Gelder immer subsidiär sind. Frau **Stöbe** hätte gern eine Übersicht welche Vereine dies betrifft. Herr **Adamek** kann sich daran erinnern, dass die Bertelsmann-Stiftung eine Erfassung gemacht hat. Herr Dr. **Reck** erwähnt in diesem Zusammenhang die Sportstättenkonzeption des Landes, für deren Erarbeitung Datenblätter der Stadt Dessau-Roßlau zugearbeitet wurden. Eine Übersicht über die gezahlten Zuschüsse an die Sportvereine liegt vor und kann zugearbeitet werden.

Herr **Adamek** erinnert an den Stadtparkbrunnen „Stadtgespräch“ und möchte wissen, wie es hier weitergeht. Herr **Otto** erklärt, dass dieses Thema schon lange diskutiert wird und ihm zwischenzeitlich 2 Sponsoren „weggebrochen“ sind. Er hat es erneut im letzten Bauausschuss angesprochen. Hier wurde versichert, dass im Januar ein Treffen zwischen Stadtplanungsamt und Anhaltischem Kunstverein stattfinden

soll. Gleiches wurde allerdings bereits für den Dezember versprochen. Es war entweder kein Geld oder kein Kurator da. Herr **Kuras** bestätigt, dass im Zuge der Umgestaltung der Kavalierstraße die Frage aufkam, ob alles so stehen bleiben kann. Die Kuratorin wurde vom Stadtplanungsamt beauftragt, die einzelnen Objekte zu sichten. Zum Thema Brunnen gab es ein Gespräch mit Hadelichs, es fehlen noch ein paar Details bis alles in den Gremien präsentiert werden kann. Herr **Otto** gibt zu bedenken, dass die Sockel für die Figuren als erstes berücksichtigt werden müssen, wenn die Umgestaltung der Kavalierstraße beginnt.

Der Verein zur Förderung der Stadtkultur e.V. ist an Herrn **Adamek** herangetreten. Ihm wurde berichtet, dass es Gespräche im Kulturamt gab, seither aber kein weiterer Kontakt zustande kam. Der Verein hat erklärt, das Leopoldsfest abzusagen, sofern die Stadt kein Entgegenkommen für eine bessere finanzielle Ausstattung des Festes bis zum 31.01.17 signalisiert. Er hält dieses Fest, das die Dessauer als Stadtfest wahrnehmen für wichtig und bittet um Unterstützung des Anliegens. Der Verein hat seine Wünsche konkret in einem Anschreiben formuliert und dem Kulturamt übergeben. Der Verein muss die Verträge für die Ausrichtung des Festes schließen und kann dies unter den gegebenen Umständen nicht tun. Er bittet Herrn Dr. Reck dringend in den nächsten 2 Wochen das Gespräch zu suchen, um eine Einigung zu erzielen. Die Außenwirkung wäre desolat, wenn keine Kooperation zu Stande käme.

Frau **Benckenstein** kann sich an die Diskussion im Vorjahr erinnern, damals wurde ein Kosten- und Finanzierungsplan (KFP) von den Vereinen erbeten. Der KFP, der Herrn **Kuras** vorliegt, ist aus seiner Sicht nicht befriedigend. Er informiert, dass beide Vereine am 8. Dezember 2016 im Kulturamt ihr Anliegen vorgetragen haben. Dabei wurden veraltete Vereinsstrukturen ebenso wie Kostenaufwüchse und verminderte Einnahmen von Sponsoren geschildert. Beide Vereine halten eine Erhöhung des Zuschusses von 7.500 EUR auf je 25.000 EUR für notwendig. Er machte die Vereine darauf aufmerksam, dass der Dezember für die Aufarbeitung der Problemlage nicht ausreichen wird. Weiterhin erklärte er, dass die Haushaltsberatungen jetzt beginnen und der Anmeldeschluss für Bedarfe im September des Vorjahres ist. Die Art und Weise der Festlichkeiten und daraus resultierende Kostenaufwüchse müssen diskutiert werden. Er hat den Vereinen deutlich gemacht, dass die gewünschten Zuschüsse nicht vollumfänglich berücksichtigt werden können. Er hat in Aussicht gestellt, in der AG Kultur im Februar die Diskussion zu führen, wie Feste künftig in unserer Stadt gefeiert werden sollen. Er hat aus seiner Perspektive transparent agiert. Von den Vereinen wurde weiterhin der Wunsch geäußert, durch die Verwaltung mehr begleitet zu werden. Da dies durch das Kulturamt bereits praktiziert wird, ist ihm nicht ganz klar, was im Einzelnen gemeint war.

Herr **Adamek** steht dem Sachverhalt neutral gegenüber, muss aber die Sorgen des Vereins hier darstellen. Der Zeitraum bis zum Treffen der AG Kultur im Februar sollte abgekürzt werden. Herr **Kuras** wollte der Haushaltsdiskussion nicht vorgreifen und hat die entsprechenden Zahlen heute dabei. Den erzeugten Zeitdruck durch den Verein hält er nicht für ein faires Verhalten, zumal die Haushaltslage bekannt ist. Herr **Adamek** bittet um eine zeitnahe Reaktion zum Sachverhalt, um dem Verein Planungssicherheit zu geben. Herr **Otto** schlägt vor, eine Sondersitzung zum Thema durchzuführen, die Unterlagen auszureichen und die Vereine sowie das Finanzdezernat mit an den Tisch zu holen. Frau **Dammann** erwähnt, dass es in Mosigkau ebenfalls Begehrlichkeiten bei der Bezuschussung für den Advent in den Höfen gibt. Das Budget der Ortschaft ist begrenzt und dafür nicht ausreichend. Auch hier macht sich Unmut breit.

Frau **Nußbeck** gibt zu bedenken, dass hier eine Verständigung darüber erfolgen muss, welche Feste eine überregionale Bedeutung haben und über das Kulturamt gefördert werden oder man redet über Ortsfeste, die über das Budget der Ortschaften gefördert werden. Es sollte Aufgabe der AG Kultur sein, dies zu differenzieren. Herr Dr. **Reck** bittet darum, bevor mehr Geld für eine Veranstaltung zur Verfügung gestellt wird, die Besucherzahlen zu betrachten. Wenn Besucherzahlen rückläufig sind, sollte man auch über das zeitgemäße Format und über erreichte Zielgruppen diskutieren. Herr **Kuras** hat die Vereine darauf hingewiesen, dass sich die AG Kultur nicht nur mit den beiden Festen, sondern mit allen Festen befassen wird. Er erachtete es als unrealistisch, dies noch im Januar einer Entscheidung zuzuführen.

Herr **Fessel** möchte wissen, ob an der Rahmenkonzeption für das Naturkundemuseum auch im Jahr 2017 weitergearbeitet wird. Herr Dr. **Reck** bestätigt dies.

6 Beschlussfassungen

6.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 und Folgejahre Vorlage: BV/473/2016/II-20

Frau **Nußbeck** informiert über 3 neue Vorschläge im HH-Konsolidierungskonzept.

1. Für den Stadtpflegebetrieb wurde im Friedhofsbereich eine Prüfung aufgenommen, um nach Konsolidierungsbeiträgen zu suchen. Sie erinnert, dass mit Vorstellung des Haushalts am 7.12.16 die Friedhofsgebühren Bestandteil waren. Dabei wurde auch der höhere Zuschuss an den Friedhof für öffentliches Grün genannt. Ursachen liegen in Kostensteigerungen durch Tarifierhöhungen für Personalausgaben und die nun fehlende Kompensation von Zinserträgen durch den Stadtpflegebetrieb. Dies wurde Teilweise über eine Gebührenerhöhung umgelegt. Die Tendenz geht weiter in diese Richtung und eine weitere negative Tendenz entsteht durch geringere Fallzahlen, resultierend aus dem Trend zur anonymen Bestattung. Das bedeutet, dass insgesamt die Einrichtungen nach Größe und Ausstattung kritisch betrachtet werden müssen. Insbesondere betroffen sind Trauerhallen auf kirchlichen Friedhöfen, Friedhöfe in den Ortschaften (die teilweise 2 Jahre keine Inanspruchnahme haben). Diese wurden nach der Wende wieder eröffnet, was uns jetzt „auf die Füße fällt“. Weiterhin muss hinterfragt werden, wieviel öffentliches Grün auf Friedhöfen vorgehalten werden soll. Durch schlechte Ausnutzung gibt es Gräberfelder, die eine Auslastung von 40 % haben, der Aufwand zur Erhaltung dennoch der gleiche ist. Durch gezielte Maßnahmen sollen Kostenreduzierungen erwirkt werden. Der Prüfauftrag ist noch nicht mit einer Zahl versehen, dies soll die nähere Betrachtung ergeben.
2. Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen soll in der Stadt Dessau-Roßlau beibehalten werden. Die vorhandene zentrale Aufnahmeeinrichtung im Stadtteil Roßlau steht zur Diskussion. Die Stadt bekommt eine feste Erstattung für die vorhandenen Flüchtlinge, aber keine Erstattung für die benannte Einrichtung. Eine Entscheidung zum weiteren Umgang mit der Einrichtung ist zu treffen. Der damalige Landkreis Roßlau hatte 1991 im Vertrag mit dem saarländischen Schwesternverband die Rückübertragung der Einrichtung an den Landkreis vereinbart, wenn die Nutzer ausziehen. Die Stadt Dessau-

Roßlau ist nun Rechtsnachfolger und im Weiteren zuständig. Frau **Wirth** nennt die reinen Betriebskosten im Jahr für das Objekt Waldstraße mit ca. 120 TEUR bei Leerstand. Dieser Betrag wird nicht erstattet.

Herr **Fessel** meint, dass der Betrag für dieses Jahr keine Rolle mehr spielt und die Einrichtung während der „Kirchentage auf dem Weg“ als Übernachtungsobjekt vorgehalten werden könnte. Frau **Wirth** erklärt, dass der Konsolidierungsvorschlag ohne Wert und als Prüfauftrag formuliert ist, so dass im Laufe des Jahres 2017 eine Entscheidung getroffen werden muss.

Herrn **Otto** hinterfragt, wer zum Prüfauftrag 1 prüfen soll. Frau **Nußbeck** entgegnet, dass dies der Stadtpflegebetrieb selbst vornimmt. Herr **Otto** bezweifelt, dass das Ergebnis objektiv ausfällt. Hinweise seinerseits, den Zentralfriedhof betreffend, wurden damals schon nicht berücksichtigt. Im Gegensatz wurden die Flächen Richtung Aken erweitert. Frau **Nußbeck** versichert, dass dies alles im Prüfauftrag Berücksichtigung findet. Herr **Otto** berichtet weiterhin von geprüften Grabstellen, die mit Aufklebern versehen sind, um die sich trotzdem niemand kümmert. Frau **Nußbeck** erklärt, dass bei einer Bäumung eines kompletten Gräberfeldes, solche Dinge mit berücksichtigt werden, jedoch nicht punktuell.

3. Der Konsolidierungsauftrag 26110 betrifft das Theater. Das Finanzdezernat schlägt vor, die Zuschüsse der Stadt ab 2019 konstant zu halten auf dem Niveau von 2018. Das betrifft 763 TEUR ab 2019 und erhöht sich pro Jahr um 300 TEUR, die vom Land erwartet werden. Das Land hat im positiven Sinne erstmalig in die Theaterverträge eine Dynamisierung eingearbeitet. Diese war nie auskömmlich, was von Beginn an klar war. Wenn 2018 der Strukturanpassungs-Zuschlag wegfällt, den das Land jetzt noch für die Umsetzung des Sanierungskonzeptes zahlt, dann „schlagen wir hart auf“. Zielrichtung ist zu sagen, dass das Land sich bisher mit der Dynamisierung um seine Verantwortung „gedrückt“ hat. In den Protokollnotizen zu den Theaterverhandlungen hat man gesagt, dass ab 2019 Eckwerte erhöhend 500 TEUR draufgelegt werden müssen, weil bisherige Beträge nach Umsetzung des Sanierungskonzeptes nicht mehr auskömmlich sind. Sollten die Verhandlungen erst Ende des Jahres beginnen, befürchtet Frau **Nußbeck** schlimmes. Herr Dr. **Reck** nutzt die Gelegenheit, mit seinen Amtskollegen in Halle und Magdeburg ein gemeinsames Vorgehen zur Theaterfinanzierung abzustimmen. Herr **Otto** meint, dass man nicht aus den Augen verlieren darf, sich selbst zu helfen. Am Beispiel Gliwice erwähnt er, dass nach rigorosen Änderungen nur noch 2 Mio. EUR gezahlt werden. Hier wäre ein Erfahrungsaustausch angebracht. Gemeinsame Projekte könnten geplant werden, um EU-Gelder zu akquirieren. Herr Dr. **Reck** begrüßt einen Austausch mit den Partnerstädten grundsätzlich, weist aber auch darauf hin, dass es in Polen bspw. ein anderes Gehaltsgefüge gibt. Er hat in Erinnerung, dass der stellvertretende Bürgermeister von Gliwice seine Einsparungen durch Spartenstreichung erreicht hat. Fraglich ist, ob dadurch die gewünschten Effekte eintreten. Herr Wengler hat signalisiert extern auf Sponsorensuche zu gehen. Für 2019 hat das Land ein Projekt im Rahmen des Jubiläums angekündigt. Er hatte im Dezember ein Gespräch mit dem israelischen Kulturattaché, der großes Interesse an einer Zusammenarbeit im Bereich Theater und Tanz suggeriert hat.

Beschlussvorschlag:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 und Folgejahre wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 4 : 0 : 2

6.2 Haushaltssatzung 2017, Haushaltsplan 2017, Stellenplan 2017 **Vorlage: BV/475/2016/II-20**

Frau **Wendeborn** stellt für den Bereich der Schulverwaltung die wesentlichen Änderungen und Ergänzungen ihrer Projekte dar. Auf Seite 633 des HH-Plans muss eine Korrektur zur Entwicklung der Schülerzahlen vorgenommen werden. Für die Schuljahre 2017/2018 und 2018/2019 sind die Zahlen leicht ansteigend. An fast allen Schulstandorten sind die Zahlen durch Schüler mit Migrationshintergrund gestiegen. Eine weitere Auswirkung ist, dass entgegen letzter Darstellungen kein Schulstandort geschlossen wird. Alle weiteren Anmeldungen und Bedarfe wurden im Ergebnishaushalt aufgenommen. In der Musikschule werden 19 TEUR durch die Gebührenerhöhung an Mehrerträgen erzielt. An 2 Sekundarschulen werden Schulversuche durchgeführt, die im Bezug zum produktiven Lernen stehen. Dies soll den Übergang von der Schule in die berufliche Bildung verbessern. Zur Maßnahme liegt ein 100 %iger Förderbescheid vor, davon werden Technik und Lehrbücher angeschafft, sowie Sachkosten abgedeckt. Im Invest-Haushalt ist die Sporthalle für das Gymnasium Walther Gropius angedacht sowie der Anbau für die Schule der geistig behinderten Schüler. Beides hofft sie, in 2017 beginnen zu können. Weitere Schwerpunkte im Schulbereich sind im Rahmen der Stark III-Projekte beantragt – Sekundarschule an der Biethe Haus 1, die Sporthalle Zoberberg und die energetische Sanierung im Berufsschulzentrum sowie in der GS Tempelhofer Straße. Derzeit laufen die Planungsrounden. Weitere Maßnahmen betreffen die Anschaffung von Unterrichtsmitteln und Sportgeräten.

Frau **Benckenstein** hinterfragt die Standorte für das produktive Lernen. Frau **Wendeborn** antwortet, dass der Standort Mauerstraße der bisherige und künftige als Bestandteil der SEK Kreuzberge ist. Lediglich Module aus diesem Vorhaben können von anderen Schulen übernommen werden, dies betrifft die SEK Friedensschule und die SEK Kreuzberge. Herr **Otto** möchte wissen, ob es bereits Erkenntnisse zur Turnhalle Walter Gropius gibt. Herr **Völker** erklärt, dass Fördermittel über die Sportbauförderung akquiriert werden sollen. Daran wird in Zusammenarbeit mit dem Dezernenten gearbeitet.

Herr **Otto** greift nochmals die in den vergangenen Sitzungen umfänglich dargestellte Problematik zur Musikschule auf und unterbreitet seine Bedenken und Anregungen Frau Nußbeck und Frau Wirth. Dabei weist er nochmals auf die nicht abgerufenen Honorarmittel hin, die nicht ausgegeben werden können. Ursächlich dafür ist das einzuhaltende Verhältnis zwischen Festangestellten und Honorarkräften (siehe auch Niederschrift vom 01.09.16 TOP 4.1.1. und TOP 6, sowie die Niederschrift vom 27.10.16, TOP 8). Er möchte wissen, ob dieses Thema zwischenzeitlich im Finanzdezernat angekommen ist. Dies wird durch Frau **Nußbeck** bestätigt. Frau **Wendeborn** erklärt, dass ihre letzten Recherchen für 2016 im Haupt- und Personalamt ergaben, dass die nicht abgerufenen Honorarmittel für die Lohnerhöhungen der fest-

angestellten Lehrer herangezogen wurden. Frau **Nußbeck** sichert zu, das Thema für die weitere HH-Beratung aufzugreifen. Auf Anfrage von Herrn **Otto** zu Probenräumen im Keller erklärt Frau **Wendeborn**, dass es möglich wäre, einen Raum zu ertüchtigen und übergibt dazu eine Kostenschätzung vom Zentralen Gebäudemanagement. Herr **Otto** hält den darin angegebenen Betrag von 195 TEUR für überzogen.

Frau **Wendeborn** gibt wiederholt zu bedenken, dass sie einen Haushaltskonsolidierungsauftrag umzusetzen hatte und daraus der Stellenabbau bei den Festanstellungen resultierte. Frau **Nußbeck** ergänzt, dass im Umkehrschluss bei Personalzuwachs ein alternativer Konsolidierungsvorschlag eingereicht werden muss. Sie räumt ein, dass bestimmte Wünsche durchaus begründet sind, aber dennoch den Alternativvorschlag benötigen. Herr **Otto** bringt seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass die Verwaltung nicht in der Lage oder willens ist, die entsprechenden Varianten zu berechnen, das können die Stadträte nicht leisten. Frau **Nußbeck** sichert zu, dass die entsprechenden Berechnungen zugearbeitet werden.

Herr **Kuras** stellt eine Übersicht über die Produkte der Kulturverwaltung schwerpunktartig anhand einer PPP (Anlage 1) vor. Vorab gibt er bekannt, dass das Zentrale Gebäudemanagement zum 01.01.2017 alle Objekte der Kultur in ihre Verwaltung übernommen hat und dafür 3 Stellen aus der Kultur an das ZGM übergeleitet wurden. Im Weiteren stellt er Frau Willing-Stritzke vor, die seit 01.01.2017 im Amt für Kultur für die Kulturentwicklungsplanung und das Bauhausjubiläum zuständig ist.

Herr **Adamek** möchte in der anschließenden Diskussion wissen, ob die genannten Publikationen in Zusammenarbeit mit der SMG hergestellt werden. Herr **Kuras** antwortet, dass es sich hierbei um populärwissenschaftliche Druckerzeugnisse der Kultureinrichtungen handelt und nicht um marketing-relevante Publikationen. Herr **Adamek** denkt auch an Flyer und Kalender, die in diesem Zusammenhang über die SMG betreut werden könnten. Herr Dr. **Reck** pflichtet ihm bei und bittet um etwas Geduld bis die SMG ihr Layout fertig hat und uns das CI/CD zur Verfügung stellt. Herr **Kuras** ergänzt, dass es im Amt eine strategische Stelle gibt, die im regen Austausch mit der SMG ist.

Herr **Schlecht-Pesé** hinterfragt zum Thema Georgium, warum nur die beiden Vereine in Bezug auf das Engagement genannt wurden. Ihm sind die Zuordnung der Statuen und bspw. das Küchengebäude nicht plausibel. Herr **Kuras** erklärt, dass sämtliche im Georgengarten befindliche Statuen und Gebäude im Besitz der Stadt sind. Daraus schließt Herr **Schlecht-Pesé**, dass die Stadt dringend Geld zur Sanierung des Ionischen Tempels im Haushalt einstellen sollte, da dieser fast auseinander fällt. Die Stufen klaffen auseinander, so dass ein ganzer Fuß darin verschwinden könnte. Herr **Kuras** verweist auf das Produkt „Bauhaus“. In den hier abgebildeten Positionen – Welterbe I und Welterbe II war auch die Sanierung von Kleinplastiken im Georgium enthalten. Das Projekt ist abgeschlossen, eine Sanierung des Tempels konnte nicht erfolgen. Frau **Nußbeck** ergänzt, dass das Blumengartenhaus in der ermittelten Summe von 8 Mio. EUR enthalten ist. Sie ist der Ansicht, dass mit der Fertigstellung des Schlosses auch der Ionische Tempel saniert sein sollte. Herr **Schlecht-Pesé** meint, dass der Tempel gesperrt werden müsste. Herr **Otto** empfiehlt, dass das Thema Sanierung von Kleinplastiken im Georgium und die Gestaltung des Parks kurzfristig zum Thema in der Verwaltungsspitze gemacht werden sollte.

Herr **Schlecht-Pesé** hinterfragt weiterhin die Jugendbauhütte. Herr Dr. **Reck** erklärt, dass der Förderverein Mausoleum e.V. den Zuschuss bekommt und dafür die Maßnahme durchführt. Voraussetzung ist, dass der FV die pädagogische und fachliche Betreuung gewährleistet. Kann der FV dies nicht, wird die Stadt nicht einspringen. Herr **Schlecht-Pesé** nennt den Bauorden-Verein, der solche Jugendbauhütten durchführt. Dieser könnte das know how für die Betreuung von FSJlern mitbringen.

Zum Depot Schlossplatz möchte Herr **Schlecht-Pesé** wissen, von welcher Investitionssumme die Rede ist, da parallel über ein Welterbezentrum gesprochen wird. Er befürchtet, dass die Investition für das Depot am Schlossplatz nicht nachhaltig ist. Herr **Kuras** erklärt, dass jetzt 2 Etagen genutzt werden, eine weitere soll hinzukommen. Momentan wird auch Geld an Dritte für die Lagerung von Archivalien gezahlt. Die angestrebte Variante, eines Archiv-Neubaus wird es nicht geben. Nach Eröffnung der Anhaltischen Gemäldegalerie im Jahr 2019 werden dennoch Depotflächen benötigt, so dass mit der 3. Etage eine Lösung gefunden wäre, ohne weiterhin Miete zahlen zu müssen. Dafür wurden 50 TEUR im Haushalt eingeplant. Herr **Schlecht-Pesé** erinnert an die Diskussion, dass das Gebäude im Falle des Zuschlags für die Ausrichtung der LAGA abgerissen werden soll.

Frau **Benckenstein** verlässt um 18:30 Uhr die Sitzung.

Herr **Adamek** möchte so schnell wie möglich um einen Termin für die intensive Befassung zum Thema Feste bitten. Dazu sollten allen die entsprechenden Daten über die Finanzierung und Besucherzahlen ausgereicht werden. Herr **Otto** würde sich bei einer Sondersitzung aber lediglich auf die beiden großen Feste konzentrieren wollen. Das Angebot von Herrn Dr. **Reck**, hier bereits einen Lösungsvorschlag durch die Verwaltung zu erarbeiten, findet Zuspruch.

Herr **Fessel** möchte zum Rahmenkonzept für das Naturkundemuseum wissen, ob im Haushalt Geld eingestellt wurde. Herr **Kuras** nennt hier den Betrag von 27 TEUR im Produkt Kulturentwicklungsplanung. Herr **Fessel** erinnert an den Stadtratsbeschluss vom 17.02.2016, der beinhaltet, dass im Jahr 2016 40 TEUR und im Jahr 2017 ebenfalls 40 TEUR zur Verfügung stehen. Dies spiegelt der HH-Entwurf nicht wider. Frau **Wirth** erklärt, dass im Nachgang die Bewerbung für die LAGA beschlossen wurde und den Beschluss zur Rahmenkonzeption relativierte. Im Beschluss zur Bewerbung LAGA wird von einem Welterbezentrum gesprochen, dass auch mit Inhalt versehen werden muss. Frau **Nußbeck** weist darauf hin, dass sich die Reihenfolge für die Herangehensweise bei der Rahmenkonzeption zum Naturkundemuseum dahingehend geändert hat, dass bei der Kulturentwicklungsplanung die Museumskonzeption neu betrachtet wird. Frau **Stöbe** zitiert aus der letzten Niederschrift die angekündigte Vorgehensweise in zwei Schritten. Die inhaltliche Betrachtung als ersten Schritt und die bauplanerische Phase als zweiten Schritt. Letzterer sollte nach Aussage von Herrn Dr. **Reck** zurückgestellt werden. Frau **Stöbe** kann nicht nachvollziehen, dass dieser Beschluss aufgehoben sein soll. Frau **Nußbeck** erklärt, dass genau dies passiert ist, indem man mit dem LAGA-Beschluss ein Welterbezentrum beschlossen hat. Herr **Kuras** ergänzt, dass die Gelder für die inhaltliche Betrachtung in 2016 ausgegeben wurden. Das Ergebnis (Planung wurde ohne räumliche Zuordnung vorgenommen) liegt seit Ende 2016 vor. Alle Stadträte haben dies in der letzten Sitzung erhalten. Herr Dr. **Reck** empfiehlt, sich von dem Begriff Welterbezentrum zu lösen.

Bei allen Museen gibt es gewaltigen Investitionsbedarf. Gleichzeitig muss an den künftigen Betrieb der Häuser gedacht werden. Deshalb wird jetzt ein integrierter Museumsansatz geprüft. Dafür sind im Haushalt 27 TEUR (Seite 833) eingestellt. Ziel ist es, die Landesförderung für einen bestimmten Typ von Museen zu akquirieren. Die Vorbereitungen dazu laufen. Die Stadträte werden im Ergebnis der Vorgespräche eingebunden.

Herr **Otto** bittet alle Anwesenden, nach einem Termin für eine Sondersitzung zum Thema finanzielle Ausstattung der Feste zu suchen. Herr **Kuras** erklärt, dass es diverses Zahlenmaterial im Kulturamt gibt, dazu gehören die Zuschussbeträge, die Einnahmestruktur und die Gesamtausgaben für die Feste. Bei den Besucherzahlen ist nur eine relative Betrachtung möglich. Hier können nur eigene Eindrücke wiedergegeben werden. Herr **Schlecht-Pesé** möchte, dass auch das Kurt-Weill-Fest in die Betrachtung einbezogen wird. Herr Dr. **Reck** möchte darüber hinaus auch über die Überschneidungen von Terminen sprechen, da teilweise an einem Veranstaltungstag 3 verschiedene Feste stattfinden.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf den 23.01.17, 16:30 Uhr. Teilnehmer sollen die AG Kultur, die Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, sowie die Verwaltung sein. Es soll ausschließlich über die Höhe der Zuwendung für das Leopoldsfest und das Heimat- und Schifferfest beraten werden. Dazu werden im Vorfeld die nötigen Unterlagen, vor allem die Kosten- und Finanzierungspläne mit den Mehrbedarfen an die Teilnehmer bis zum 20.01.17 als Diskussionsgrundlage ausgereicht.

Herr **Völker** stellt eine Übersicht über die zum Referat Sport gehörenden Zahlen anhand einer PPP (Anlage 2) vor. Herr Dr. **Reck** weist abschließend darauf hin, dass die Planung für dieses Jahr vom Referat Sport für die einzelnen Sportstätten vorgenommen wurde, das ZGM aber schon zum 01.01.17 alle Einrichtungen übernommen hat. Das hat zur Folge, dass die Zuständigkeiten für Hallen und Plätze sich geändert haben. Die Bäder sind im Sportbereich verblieben.

Frau **Stöbe** erinnert an den Kulturausschuss im Paul-Greifzu-Stadion und möchte wissen, ob die Sanierung des Walls noch ein Thema ist. Herr **Völker** hat das ZGM bei der Übergabe darauf hingewiesen, dass Teilbereiche des Walls sanierungsbedürftig sind.

Herr **Adamek** möchte zum Thema Förderung des Spitzensports wissen, ob die angegebene Summe von 135 TEUR den kompletten Spitzensport betrifft. Herr **Völker** antwortet, dass hier ausschließlich der DRHV bedacht wird. 60 TEUR werden nur ausgereicht, wenn die Liga gehalten wird. Dies geschieht kontinuierlich. Herr **Otto** bedauert, dass in unserer Stadt nicht genügend Sponsoren ansässig sind. Die Vereine nehmen sich die vorhandenen Sponsoren gegenseitig weg.

Frau **Stöbe** hinterfragt die Zuschüsse an Vereine und Verbände in Höhe von 57,5 TEUR für 53 Vereine. Herr **Völker** antwortet, dass dies pro Kind/Jugendlicher bis 18 Jahre eine 10 EUR Förderung ist. Die Meldung der Mitglieder erfolgt über den Stadtsportbund. Weiterhin möchte sie wissen, ob die beantragten 20 TEUR für Nachwuchsarbeit beim SV Dessau 05 im Haushalt aufgenommen wurden. Frau **Nußbeck** nimmt den Antrag entgegen. Frau **Stöbes** Anliegen wird von Herrn **Adamek** unter-

stützt. Frau **Nußbeck** bittet gleichzeitig darum, bei der Überarbeitung der Sportförderrichtlinie solche Dinge zu berücksichtigen.

Herr **Otto** stellt in Frage, ob alle Sportveranstaltungen benötigt werden, wie zusätzliche Handballturniere oder das Leichtathletik-Meeting. Auch hier sind Zuschauerzahlen rückläufig. Es findet national und international keine Beachtung. Frau **Nußbeck** erklärt, dass das Meeting nicht mehr im Haushalt enthalten ist. Sponsorengelder deckten bisher die Ausgaben, Flächen und Personal wurden bisher von der Stadt gestellt. Es war eine relativ kostenneutrale Veranstaltung. Ein jetzt beantragter Zuschuss wird nicht im Haushalt aufgenommen, hier fehlt eine plausible Begründung. Eine Überlegung wäre, die Veranstaltung wieder in die städtische Regie zurück zu holen.

Herr Dr. **Reck** verweist auf die Sportstättenentwicklungskonzeption, die wesentlich mehr enthalten muss, als nur die Stätten. Hier bieten sich kreative Lösungsansätze für das Fördern und Fordern an.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport empfiehlt die Haushaltssatzung 2017 (und damit den Ergebnisplan 2017, den Finanzplan 2017, die Teilpläne 2017 und den Stellenplan) vorbehaltlich des Ergebnisses der gemeinsamen Sitzung AG Kultur und Mitgliedern dieses Ausschusses am 23.01.2017 im Stadtrat zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 4 : 0 : 2

8 Schließung der Sitzung

Herr Otto schließt um 19:30 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 25.02.17

Hans-Georg Otto

Vorsitzender Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

Schriftführer